

LEITANTRAG 2015

FAIR...



LEISTUNGSSTARK...



NACHHALTIG...

**Landwirtschaft und
Verbraucherschutz
in Osnabrück-Emsland**

**Bezirksdelegiertentag
am 31. Okt. / 1. Nov. 2015**

1 **1.Einleitung**

2

3 Ob Ackerbau oder Veredelungswirtschaft: Der Alltag auf unseren 39.500 Höfen hat mit
4 einer häufig medial verkündeten ländlichen Idylle nichts mehr zu tun.

5 Landwirtschaft in unserer Region ist von einem hohen Wettbewerbsdruck, steigenden
6 Anforderungen bei der Einhaltung von Hygiene- und Qualitätsstandards, der schärfer
7 werdenden gesellschaftlichen Debatte um „Massentierhaltung“ und Lebensmittelqualität
8 und der zunehmenden Industrialisierung der Fleischproduktion in den bäuerlichen
9 Familienbetrieben geprägt. Hier bei uns in Niedersachsen erwirtschaften über 140.000
10 Arbeitskräfte ein BIP von über 239 Mrd. Euro.

11 Große und immer effizientere Maschinen, zukunftsorientierte Stallungen und
12 leistungsfähige Biogaskraftwerke sind aus dem Landschaftsbild im Westen Niedersachsens
13 nicht mehr wegzudenken. 54,4 % der Flächen in Niedersachsen werden landwirtschaftlich
14 genutzt. Geruchsemissionen, Vermaischung und heftige Debatten um die Errichtung neuer
15 Stallanlagen erregen häufig die Gemüter.

16 Der Verbraucher fordert qualitativ hochwertige Lebensmittel zu günstigsten Preisen. Die
17 Landwirte in der Stadt und im Landkreis Osnabrück, dem Emsland und der Grafschaft
18 Bentheim stellen einen unverzichtbaren Teil der in der Bundesrepublik benötigten
19 Lebensmittel her.

20 Vor diesem Hintergrund sieht die Junge Union Osnabrück-Emsland in der politischen
21 Beantwortung der im Bereich „Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ aufkommenden
22 Aufgaben eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben der kommenden Jahre.

23 Wir fordern von und für Verbraucher und Landwirte: **Fairness, Leistungsstärke und**
24 **Nachhaltigkeit!**

25

26 **2. Fair**

27

28 **2.1 Indikatoren für Tiergerechtigkeit**

29 In Zeiten anhaltender subjektiver Kritik an der modernen Tierhaltung und einer
30 fortwährenden Diskussion über verschiedene Systeme der Tierhaltung wäre die

31 Weiterentwicklung von objektiven Kriterien zur Messung der Tiergerechtigkeit
32 wünschenswert. Zurzeit gibt es keine einheitlichen oder belegbaren Kriterien, anhand derer
33 die verschiedenen Haltungssysteme bewertet oder verglichen werden können. Die
34 Messwerte müssen in den verschiedenen Systemen reproduzierbar und einfach zu
35 ermitteln sein und das Wohl des Tieres in den Mittelpunkt stellen. Bestandsgrößen dürfen
36 keinen pauschalen Einfluss auf die Bewertung haben. Zur Bestimmung der Kriterien muss
37 es eine Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis geben. Haltungsbedingungen
38 sind als tiergerecht zu beurteilen, wenn den spezifischen biologischen Eigenschaften der
39 unter ihnen lebenden Tiere Rechnung getragen wird, die körperlichen Funktionen nicht
40 beeinträchtigt werden und essentielle Verhaltensmuster des Tieres nicht dermaßen
41 eingeschränkt werden, dass psychische und physische Schmerzen, Leiden oder Schäden
42 am Tier entstehen. Die spezifischen Eigenschaften der Tiere werden durch das Ausleben
43 des Verhaltensrepertoires in den verschiedenen Funktionskreisen gewährt. Die
44 Funktionskreise sind Soziales, Fortbewegung, Ruhen und Schlafen, Fressen und Trinken,
45 Komfort und Erkundung. Kann das Tier diese Funktionskreise nicht ausleben, kommt es zu
46 Verhaltensstörungen. Jede Tierart hat individuelle Anforderungen an die verschiedenen
47 Funktionskreise. Über Beobachtungen das Ausbleiben von Verhaltensstörungen betreffend,
48 kann das korrekte Ausleben der Funktionskreise bewertet werden.

49 Zusätzlich bedarf es aber einer realitätsnahen öffentlichen Kommunikation der Leistung
50 und Arbeitsweise der Landwirte. Hierbei ist hervorzuheben, dass der Verbraucher meist nur
51 schwer identifizieren kann, welche Anforderungen das jeweilige Tier an seine Haltung und
52 Umwelt stellt. Als Beispiel lässt sich hier anführen, dass der Mensch eine
53 Umgebungstemperatur von etwa 26°C bevorzugt, das Rind hingegen von etwa 5 bis 10°C.
54 Rückschlüsse von Mensch auf Tier sind nicht ohne weiteres möglich, werden aber viel zu
55 oft in der Diskussion um tiergerechte Haltung gezogen. Hier sagen wir ganz deutlich: Der
56 Verbraucher sollte genügend Vertrauen in die Arbeit des ausgebildeten Landwirts haben,
57 denn dieser handelt bereits im ureigenen Interesse im Sinne des Tieres. Gleichzeitig
58 fordern wir eine selbstkritische Reflexion der Arbeit der Landwirte.

59

60

61 2.2 Initiative Tierwohl

62 Die Initiative Tierwohl des Lebensmitteleinzelhandels trägt durch eine Zusammenarbeit
63 zwischen Landwirtschaft, Fleischwirtschaft und Lebensmitteleinzelhandel zu einer
64 spürbaren Verbesserung der Tierhaltung bei. Allerdings sind eine breite Unterstützung
65 durch die Abnehmer auf allen Ebenen und eine Ausweitung des finanziellen Topfes
66 notwendig, damit alle Landwirte, die Interesse an einer Teilnahme haben, auch die
67 Möglichkeit dazu erhalten. Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert außerdem, dass
68 sich endlich alle Lebensmittelhändler an der Initiative Tierwohl beteiligen. Die von der
69 Initiative Tierwohl gesetzten Kriterien sollten weiterhin freiwillige Maßnahmen bleiben und
70 nicht zum allgemeingültigen Standard erhoben werden.

71

72 2.3 Einsatz von Antibiotika und Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen

73 Aktuelle Auswertungen des Bundesamtes für Verbraucherschutz und
74 Lebensmittelsicherheit zeigen, dass der Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung seit 2011
75 um 27 % zurückgegangen ist. Der Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung wird in
76 Deutschland seit 2012 in einer privaten Datenbank (QS) und seit 2014 auch in einer
77 staatlichen Datenbank dokumentiert. Die mit der letzten Novelle des Arzneimittelgesetzes
78 eingeführte Datenbank muss praxisnah ausgestaltet und mit der privaten vernetzt werden.
79 Die taggenaue Bestandserfassung ist überflüssig, erzeugt unnötigen Bürokratieaufwand
80 und sollte deshalb auf eine praktikablere Angabe umgestellt werden. Auch die Einstufung
81 der Tierhalter aufgrund von Kennzahlen zur Therapiehäufigkeit bedarf einer Anpassung,
82 denn das derzeitige System würde auf Dauer den vollständigen Verzicht bedeuten und
83 auch Betriebe mit geringem Einsatz von Antibiotika sanktionieren. Im Sinne des
84 Tierschutzes muss es auch weiterhin möglich sein, kranke und leidende Tiere mit
85 Antibiotika zu therapieren. Eine restriktive Gesetzesvorlage darf nicht zum unnötigen
86 Herausögern der Behandlung oder zum Einschläfern therapierbarer Tiere führen. Im
87 Notfall muss auch die Gabe von Reserve-Antibiotika möglich sein.

88 Bei der Bekämpfung der resistenten Krankenhauskeime muss es eine Zusammenarbeit
89 zwischen Human- und Veterinärmedizin im Sinne des „One Health“-Gedanken geben.
90 Neben der Reduzierung des Einsatzes von Antibiotika in der Tierhaltung muss auch der

91 Einsatz in der Humanmedizin reduziert werden. Denn durch einen übermäßigen Gebrauch
92 von Antibiotika in der Humanmedizin stammen 98 % der resistenten Keime.

93

94 **2.4 Tierschutz und Gesellschaft**

95 Wir betrachten den Schutz der Tiere als ein hohes Gut, das in Deutschland auch in Artikel
96 20a des Grundgesetzes verankert ist. Es ist Aufgabe der staatlichen Gewalt, auch in der
97 Verantwortung für die künftigen Generationen Tiere zu schützen.

98 Durch die zunehmend liberalisierten Märkte für Milch und Fleisch ist nachhaltiger
99 Tierschutz nur unter Beachtung der Gesetze des Marktes und somit auch vor dem
100 Hintergrund der Einbeziehung des Verbrauchers umzusetzen.

101 Deshalb kommt den nichtstaatlichen Organisationen eine wichtige Aufklärungsfunktion zu.
102 Die Junge Union Osnabrück-Emsland begrüßt Initiativen, die der Aufklärung des
103 Verbrauchers dienen und darauf abzielen, Konsumverhalten zur Verbesserung des
104 Tierwohls zu verändern.

105 Es muss aber auch zur Kenntnis genommen werden, dass bestimmte
106 „Tierschutzorganisationen“ wie beispielsweise PETA oder Animal Peace in ihrer Arbeit
107 immer wieder rechtliche und ethische Grenzen überschreiten. Aktionen, bei denen der
108 „Holocaust auf den Tellern“ kritisiert wird, oder bei denen ein Bulle, der einen Landwirt
109 totgetreten hat, öffentlich als Helden verehrt wird, sind pietät- und geschmacklos. Darüber
110 hinaus sind diverse Kampagnen bekannt, in denen sich Aktionisten im Rahmen der
111 Öffentlichkeitsarbeit illegal Zugang zu Stallanlagen verschafft haben.

112 Wir fordern unangekündigte staatliche Kontrollen, mehr Transparenz im Tierschutz seitens
113 der Landwirte und eine härtere strafrechtliche Verfolgung von Umwelt- und
114 Tierschutzaktivisten, die sich unbefugt Zugang zu landwirtschaftlichen Betriebsgeländen
115 verschaffen. Diese Aktionen müssen mit aller Schärfe verurteilt und strafrechtlich verfolgt
116 werden. Ein solches Vorgehen ist mit unserem Rechtsstaat nicht vereinbar. PETA und
117 Animal Peace sind gemeinnützige Verbände und können dementsprechend ihre Arbeit
118 durch steuerbegünstigte Spenden finanzieren.

119 Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert deshalb die Abschaffung der steuerlichen
120 Privilegierung dieser „Wölfe im Schafspelz“. Zudem fordert die Junge Union die genannten

121 Organisationen endlich zu einem selbstkritischen Überdenken ihrer Aktionen im Hinblick
122 auf die Rechtsstaatlichkeit auf.

123

124 **3. Leistungsstark**

125

126 **3.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

127 Unsere heimischen Agrarbetriebe sind zu 90% klassische Familienbetriebe, die mit der
128 Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse ihre Existenz bewahren und ihre Familien
129 ernähren. Diese Betriebe sind ein wichtiger Bestandteil unserer ökonomischen Leistung in
130 Osnabrück-Emsland. Darum ist es insbesondere in unserer Region wichtig, dass Brüssel,
131 Berlin und Hannover mit den richtigen ökonomischen und ökologischen
132 Rahmenbedingungen die Wirtschaftlichkeit, die Wettbewerbsfähigkeit und die Existenz
133 unserer Betriebe mit allen vor- und nachgelagerten Bereichen nicht gefährden, sondern
134 kontinuierlich weiterentwickeln.

135 Die aktuellen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bereiten den Landwirten vor Ort
136 große Probleme. Derzeit wird es immer schwieriger, mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen
137 Geld zu verdienen. Viele Betriebe, zum Beispiel die der Milcherzeugung, verlieren sogar
138 Geld beim Verkauf von Lebensmitteln, da hier die Erzeugerpreise die anfallenden
139 Produktionskosten nicht mehr decken. Exporteinbrüche und der aggressive Preiskampf im
140 Lebensmitteleinzelhandel bereiten nicht nur den Milcherzeugern Probleme, auch Rinder-
141 und Schweinezüchter, Obst- und Gemüsebauern leiden unter diesen ökonomischen
142 Rahmenbedingungen.

143

144 **3.2. Wettbewerbsgleichheit**

145 Gleiche Bedingungen für alle europäischen Landwirte - das soll und muss die Grundlage
146 der gemeinsamen Agrarpolitik der EU-Staaten sein. Durch Förderungen und gemeinsame
147 Standards für Mensch, Umwelt und Tier sollen für die europäischen Landwirte gleiche
148 Wettbewerbsvoraussetzungen gelten. In einem gemeinsamen europäischen Binnenmarkt
149 ist dies unerlässlich.

150 Einzelstaatliche Gangarten wie beispielsweise die produktionsgekoppelte Förderung der
151 Kartoffeln in den Niederlanden lehnen wir entschieden ab. Ebenso sehen wir Wettbewerbe
152 zwischen den einzelnen Bundesländern um schärfere Auflagen für Landwirte kritisch. Wo
153 es sinnvoll ist, wollen wir in Niedersachsen oder in Deutschland ein Vorreiter für ganz
154 Europa sein. Dies darf aber nicht mit Wettbewerbsnachteilen für unsere heimischen Höfe
155 und Betriebe einhergehen.

156 Die von Rot-Grün in Niedersachsen neu eingeführte, pauschale Gebührenverordnung für
157 jede amtliche Routinekontrolle im Lebens- und Futtermittelbereich belastet die Betriebe
158 zusätzlich in teilweise erheblichen Umfang und führt zu deutlichen
159 Wettbewerbsverzerrungen. Wir fordern konkret die Abkehr von dieser unnötigen
160 Gebührenreform und von den damit verbundenen, zusätzlichen Kontrollen zur
161 Aufbesserung des Landeshaushaltes. Ebenfalls sind die durch die Landesregierung
162 weiterhin geplanten Änderungen im Landesraumordnungsprogramm (LROP) in weiten
163 Teilen schädlich für eine positive Entwicklung unserer heimischen Landwirtschaft und
164 gehören somit endgültig vom Tisch. Ohne einen vernünftigen Dialog wird es nicht
165 gelingen, ein modernes LROP aufzustellen, welches die Belange aller Betriebe ausreichend
166 berücksichtigt. Aus Sicht der Jungen Union Osnabrück-Emsland bedarf es daher eines
167 kompletten Neustarts des Verfahrens, um das Vertrauen in eine zukunftsfähige
168 Landesentwicklung durch das LROP sicherzustellen.

169 Bei den TTIP-Verhandlungen muss darauf geachtet werden, dass die
170 Produktionsbedingungen der Lebensmittel in den USA mit den EU-Standards vergleichbar
171 sind.

172

173 **3.3. Preisentwicklungen**

174 Die oben beschriebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen lassen derzeit die Margen
175 der Erzeuger schrumpfen bzw. gänzlich negativ werden. Studien und Medienberichte
176 zeigen, dass Verbraucher ethisch vertretbare, sichere und qualitativ hochwertige
177 Lebensmittel verlangen. Sie sind jedoch nicht dazu bereit oder nicht dazu in der Lage,
178 diese Qualität zu bezahlen. Nie haben die Deutschen weniger für Lebensmittel ausgegeben
179 als heute! Die harte Preispolitik der Discounter zeigt diese Entwicklung an folgendem

180 Beispiel: Der derzeitige Preis für Milch von 51 Cent im Supermarkt, lässt für den Erzeuger
181 derzeit nur rund 28 Cent je Kilogramm Milch (Stand September 2015). Mit diesen Erlösen
182 sind nur geringe Margen möglich. Die Produktionskosten betragen abhängig von
183 Betriebsstruktur und Management etwa 35-40 Cent pro Kilogramm Milch.

184 Staatliche Eingriffe in die Preispolitik durch Preisuntergrenzen, wie vom Bund Deutscher
185 Milcherzeuger gefordert, lehnen wir aus markt- und wettbewerbpolitischen Gründen
186 jedoch ab. Ebenso wollen wir kein Zurück zur Quote!

187 In wirtschaftlich schwierigen Zeiten verstehen wir es als gesamtgesellschaftliche Aufgabe,
188 die Liquidität und Existenz unserer Höfe in Europa zu sichern.

189

190 **3.4. Infrastruktur**

191 Wie in jeder Branche, ist auch für unsere Landwirtschaft eine solide und zukunftsfähige
192 Infrastruktur unerlässlich. Unsere Kommunen in Osnabrück-Emsland unterhalten und
193 pflegen viele tausend Kilometer Wirtschaftswege. Die Einstellung der
194 Wirtschaftswegeförderung durch die jetzige rot-grüne Landesregierung gefährdet die
195 Weiterentwicklung dieser für unsere Gemeinden und Dörfer wichtigen Infrastruktur.

196 Wir als Junge Union Osnabrück-Emsland fordern die Beibehaltung der
197 Wirtschaftswegeförderung in ganz Niedersachsen in mindestens dem Umfang der letzten
198 Förderperiode.

199 Ebenso muss die Landesregierung den Ausbau des Breitbandnetzes als zentralste und
200 wichtigste Infrastrukturmaßnahme des 21. Jahrhunderts vorantreiben. Schnelles Internet
201 sichert heute mehr denn je die wirtschaftliche Attraktivität des ländlichen Raums und
202 ist für eine sorgfältige Bedienung der, den Landwirten vorgeschriebenen, Programme
203 unabdingbar. Zudem muss der Ausbau von Kabel- und Glasfaserverbindungen forciert
204 werden. Funkverbindungen können langfristig keine Lösung sein.

205

206

207

208

209

210 **4. Nachhaltig**

211

212 **4.1. Flächenverbrauch**

213 Der ständig wachsende Bedarf an Wohn- und Industrieflächen, an Kompensationsflächen
214 und an Flächen für Verkehrsinfrastruktur lässt Jahr für Jahr viele Hektar landwirtschaftliche
215 Produktionsfläche verschwinden. Aufgabe der Politik ist es, den Entzug landwirtschaftlicher
216 Produktionsflächen zu minimieren. Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert daher, bei
217 der Ausweisung von Bauland zuerst die Orte zu verdichten, statt neues Bauland im Grünen
218 zu erschließen.

219 Der schleichenden Enteignung und dem Entzug von landwirtschaftlichen
220 Produktionsflächen gilt es durch kluge und nachhaltige Raumordnungspolitik
221 entgegenzuwirken!

222

223 **4.2. Sauberes Grundwasser**

224 Sauberes Grundwasser ist lebenswichtig und unverzichtbar. Mit Sorge beobachten wir die
225 in unserer Region vorhandene Nitratbelastung an unseren Grundwasserbrunnen. Wir
226 fordern die Einhaltung geltenden Rechts. Der von unseren Landwirten aufgebrauchte
227 Wirtschaftsdünger ist ein wichtiger Bestandteil, um die Qualität der Böden zu erhalten und
228 das Pflanzenwachstum durch natürlichen Dünger zu ermöglichen. Zum Schutz des
229 Grundwassers bedarf es aber eines verantwortlichen Umgangs mit Dünger in jeglicher
230 Form. Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert eine effizientere Überwachung in
231 besonders betroffenen Gebieten. Die derzeit diskutierte Düngeverordnung lehnen wir
232 entschieden ab! Die von den Landwirten erhobenen Daten für die Cross-Compliance
233 sollten genutzt werden, damit den Behörden und Wasserwerken ohne bürokratischen
234 Mehraufwand genaue Daten zum Grundwasserschutz zur Verfügung stehen. Anstatt reine
235 gesetzliche Regelungen fordern wir die Möglichkeit zu individualvertraglichen Lösungen
236 zwischen Wasserversorgern, Kommunen und betroffenen Landwirten in
237 Wasserschutzgebieten und sensiblen Bereichen für unser Grundwasser. Um langfristig den
238 Schutz unseres Grundwassers zu sichern, müssen weitere Forschungsmittel bereitgestellt
239 werden, um die innovative und effiziente Verwertung der Wirtschaftsdünger auch

240 außerhalb des Bereichs der Düngung zu ermöglichen. Es müssen zudem zusätzliche
241 Jauche-Gülle-Sickerwasser-Gruben geschaffen werden, damit die Düngung der Flächen
242 dosierter und damit umweltschonender erfolgen kann. Die einzelnen Grenzwerte in der
243 Düngeverordnung sollen an dem tatsächlichen Bedarf der Kulturpflanzen ausgerichtet
244 werden. Es soll eine maximale N-Düngung (Wirtschafts- und Handelsdünger) pro Jahr und
245 Hektar eingeführt werden.

246

247 **5. Wir wollen...**

248

249 **...leistungsstarke** Betriebe in unserer Region.

250 **...faire** Rahmenbedingungen für Tiere, Landwirte und Verbraucher.

251 **...nachhaltigen** Umgang mit unseren Ressourcen für jetzige und künftige Generationen.